

## **ASP-Positionspapier für das neue CSU-Grundsatzprogramm**

### **1. Vorwort**

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ist der größte zwischenstaatliche Krieg in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg und ist zugleich auch eine Zeitenwende. Er verdeutlicht, dass eine auf fest verbindlichen Regeln basierende Weltordnung zunehmend von zumeist autoritären Strömungen infrage gestellt wird. Dazu ist ein auf gegenseitigen Abhängigkeiten basierender Welthandel zunehmend unter Druck, Lieferketten werden gestört. Auch der Wohlstand der Bundesrepublik Deutschland der letzten Jahre und Jahrzehnte ist mit drei Abhängigkeiten erkaufte worden:

1. Einer sicherheitspolitischen Abhängigkeit von den USA
2. Einer energiepolitischen Abhängigkeit von der Russischen Föderation
3. Einer wirtschaftlichen Abhängigkeit von der Volksrepublik China

Nun gilt es, diese Abhängigkeiten zu reduzieren und Deutschland bestmöglich auf eine zunehmend unsichere Welt vorzubereiten. Dies kann nur mit einer flexiblen Strategie gelingen, die die Bereiche Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik intelligent miteinander verknüpft. Der Arbeitskreis für Außen- und Sicherheitspolitik der CSU (ASP) möchte mit diesem Positionspapier dieser Debatte Rechnung tragen und wichtige Ideen und Impulse für das zukünftige CSU-Grundsatzprogramm geben.

### **2. Außenpolitik**

Der europäische Einigungsprozess insbesondere ein enges Verhältnis zu Frankreich, freundschaftliche Beziehungen zu allen EU- und Nachbarstaaten, gute Transatlantische Beziehungen, Bekenntnis zur NATO und Förderung von Menschenrechten in der Welt sind die Grundpfeiler der deutschen Außenpolitik. Die Sicherheit Israels ist und bleibt Bestandteil deutscher Staatsräson.

Zunehmend werden die Bundesrepublik Deutschland und andere westliche Demokratien von autoritären Staaten, wie z.B. der Volksrepublik China, bedroht. Diese Staaten müssen als systemische Rivalen eingestuft werden und die daraus notwendigen Konsequenzen gezogen werden. Es gilt, basierend auf den Grundpfeilern der deutschen Außenpolitik, außenpolitische Interessen für die Bundesrepublik Deutschland zu definieren und durchzusetzen. Dazu gehören ein ständiger Sitz Deutschlands

im UN-Sicherheitsrat, eine Führungsrolle Deutschlands innerhalb der EU, die strategische Abschließung neuer EU-Handelsabkommen mit anderen Weltregionen, Sicherung von Handelswegen, die Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus sowie die Eindämmung der illegalen Migration nach Europa. Demokratien müssen überall dort, wo sie von autoritären Diktaturen bedroht werden, nach Kräften unterstützt werden.

Durch den russischen Angriff auf die Ukraine kommt den Staaten an der Grenze zur EU, insbesondere in Südost- und Osteuropa, eine wichtige strategische Bedeutung zu. Diesen Ländern muss eine EU-Beitrittsperspektive eröffnet werden. Gleichzeitig kann es nur einen EU-Beitritt geben, wenn alle Beitrittskriterien erfüllt wurden. Ein EU-Beitritt ohne Berücksichtigung der Beitrittskriterien untergräbt das bewährte Beitrittsverfahren und gefährdet die innere Stabilität der EU. Realismus und Ehrlichkeit von beiden Seiten während der Beitrittsverhandlungen zur EU sind unabdingbar für eine erfolgreiche Erweiterung der Europäischen Union. Die Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik ist das stärkste geopolitische Instrument der Europäischen Union.

Autoritäre Regime, die sich repressiv nach innen richten, werden sich später auch aggressiv nach außen richten. Deshalb ist die Förderung von Menschenrechten ein wichtiger Beitrag zum Frieden in der Welt. Den Staaten Südosteuropas muss langfristig eine Perspektive für eine Mitgliedschaft in der EU aufgezeigt werden.

Indien kommt als größter Demokratie und bald bevölkerungsreichstem Land der Welt insbesondere mit Hinblick auf die Volksrepublik China eine Schlüsselrolle zu und sollte von der deutschen Außenpolitik verstärkt in den Fokus genommen werden, ebenso Afrika als bevölkerungsreicher und wirtschaftlich aufstrebender Kontinent, der viele Möglichkeiten bereithält und auf dem sich bereits Staaten wie die USA, Russland oder China ihren Einflussbereich sichern.

### **3. Sicherheitspolitik**

Der Überfall Russlands auf die Ukraine macht deutlich, wie wichtig die NATO als Verteidigungsbündnis für die Sicherheit ihrer Mitgliedsstaaten ist. Deshalb ist es nun überfällig, die Bundeswehr wieder zur Landes- und Bündnisverteidigung zu befähigen und diese mit der dazu notwendigen Ausrüstung zu versehen. Hierfür sind die NATO-Vorgaben, zwei Prozent des BIP für den Verteidigungsetat zur Verfügung zu stellen, unbedingt im Bundeshaushalt einzuhalten. Zusätzlich ist das Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr notwendig, aber keinesfalls ausreichend, um diese für ihre zukünftigen Aufgaben auszurüsten. Durch Wechselkurseffekte und die Inflation müssen weitere Gelder für die Bundeswehr zur Verfü-

gung gestellt werden, um die für die Bundeswehr notwendigen Investitionen auch tätigen zu können.

Die Bundeswehr hat es verdient, in der Öffentlichkeit als das wahrgenommen zu werden, was sie ist: eine Parlamentsarmee, deren Angehörige ihr Leib und Leben aufs Spiel setzen, um die Werte des Grundgesetzes wie Freiheit, Demokratie und Menschenrechte zu verteidigen. Deshalb ist es wichtig, dass die Bundeswehr auch weiterhin in den Schulen präsent sein darf, um über ihre Arbeit aufzuklären. Zudem sollten alle staatlichen Behörden und Institutionen dazu angehalten werden, ein positives Bild der Bundeswehr zu vermitteln. Die Wehrpflicht ist ausgesetzt, soll aber weiterhin im Grundgesetz verankert bleiben.

Eine eigene nationale und europäische wehrtechnische Basis ist Voraussetzung für Unabhängigkeit, Resilienz und souveränem außen- und sicherheitspolitischem Handeln. Nur so kann die Ukraine im Kampf gegen die russische Invasion mit ausreichend militärischen Gütern ausgestattet und gleichzeitig auch die Bundeswehr mit dem benötigten Material ausgerüstet werden. Dies ist eine große Herausforderung, die der Unterstützung bedarf. Eine verstärkte europäische Zusammenarbeit im Bereich der Rüstungspolitik ist nur mit gemeinsamen und verbindlichen Rüstungsexportregeln möglich.

Gleichzeitig muss der Begriff der Sicherheitspolitik weiter gefasst werden. Militärische Sicherheit gehört genauso dazu wie Sicherheit in den Bereichen Wirtschaft, Energie, Ernährung, Gesundheit, Cyberraum, Klima und Umwelt. Ein Nationaler Sicherheitsrat ist sinnvoll, um frühzeitig auf Risiken im militärischen Bereich, Schutz der kritischen Infrastruktur, der Versorgung mit Ressourcen bzw. wichtigen Gütern und anderen Gefahren aufmerksam zu machen und diese durch gezielte Maßnahmen zu reduzieren. Um die Anzahl der Sicherheitskräfte auf militärischer Ebene zu erhöhen, ist eine Heimatschutzbehörde hilfreich, die Heimatschutzkräfte mit aktivem Personal rekrutieren und ausreichend Material ausrüsten kann, um in einem klar definierten Bereich Aufgaben der Gefahrenabwehr wahrzunehmen. Ebenso müssen für die Cyberabwehr innerhalb der EU mehr Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, der Aufbau eines EU-Cyberkorps ist zur Gefahrenabwehr im digitalen Raum notwendig.

Eine verbesserte Zusammenarbeit der EU-Staaten im Sinne der Permanent Structured Cooperation (PESCO) ist ebenso begrüßenswert wie in einer Stärkung und einem Ausbau der EU-Grenzschutzagentur Frontex. Zudem ist eine Gemeinsame Europäische Energiesicherheitspolitik vonnöten, um gemeinsam Risiken im Bereich der Energiesicherheit auf europäischer Ebene frühzeitig abwehren zu können.

#### **4. Europapolitik**

Die Europäische Union muss weiterentwickelt und fit für die Zukunft gemacht werden. So kommt es immer wieder vor, dass gerade im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP) durch das Einstimmigkeitsprinzip einzelne Länder wichtige Entscheidungen und Beschlüsse blockieren können. Dieses Prinzip verlangsamt eine Entscheidungsfindung auf EU-Ebene enorm und birgt zudem ein großes Erpressungspotential für einzelne Mitgliedsstaaten, ihre Eigeninteressen auf Kosten der Gemeinschaft umzusetzen. Eine Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips zugunsten eines qualifizierten Mehrheitsprinzips in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik wird der EU helfen, in diesem Bereich geschlossen und mit einer Stimme zu sprechen. Denn eine Demokratie erfordert die Macht der Mehrheit und nicht die der Einstimmigkeit. Gerade im Umgang mit autoritären Staaten wie Russland oder die Volksrepublik China ist eine einheitliche Position und Geschlossenheit besonders in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik für Europa unumgänglich geworden.

Das Subsidiaritätsprinzip ist ein wichtiger Bestandteil im Zusammenwirken der EU mit den unterschiedlichsten Politikebenen. Europa sollte genügend Zeit und Energie für die Probleme haben, die die einzelnen Mitgliedsstaaten überfordern würden. Deshalb ist es notwendig, die Subsidiarität bei einer Weiterentwicklung der EU in den Mittelpunkt zu rücken. Ein starkes Europa bedarf starker Regionen.

Das Europäische Parlament ist das demokratische Herz der EU, dessen Mitglieder von den Bürgern der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten gewählt werden. Eine demokratischere Legitimation des EU-Parlaments ist für eine Weiterentwicklung der EU unerlässlich.

Autoritäre Tendenzen innerhalb einzelner Mitgliedsstaaten der EU müssen zurückgedrängt werden. Beschneidungen von Minderheitenrechten, Einschränkungen in der Meinungs- und Pressefreiheit und Missachtung von rechtsstaatlichen Prinzipien müssen auf EU-Ebene wirksam sanktioniert werden können.

Zur Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Ländern wie der Volksrepublik China oder den USA müssen der europäische digitale Binnenmarkt und eine europäische Innovationsunion weiter vorangetrieben werden. Eine europäische Schuldenbremse wird helfen, eine nachhaltige Finanzpolitik auch in anderen EU-Staaten zu implementieren. Auch Strukturen außerhalb der Europäischen Union wie z.B. die Europäische Politische Gemeinschaft sind sinnvoll und können zur Lösung aktueller Probleme beitragen. Letztendlich muss es gelingen, die europäische Identität in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten zu stärken und ein positives Bild Europas in der Bevölkerung zu vermitteln.

## 5. Entwicklungspolitik

Für die globale Ordnungspolitik gilt: ohne Sicherheit keine Entwicklung und ohne Entwicklung keine Sicherheit. Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit im Sinne der Prinzipien sozialer Marktwirtschaft, von Subsidiarität und einer vernetzten Außen- und Entwicklungspolitik ist auch vor dem Hintergrund eines christlich-sozial geprägten Weltbildes aktueller denn je. Hierbei ist jedoch auch die Taxonomie entscheidend: wirtschaftlich stark entwickelte Länder wie die Volksrepublik China dürfen international nicht mehr als Entwicklungsländer eingestuft werden.

Der Aufbau eines funktionierenden Bildungssystems ist entscheidend für eine positive und stabile Entwicklung eines Landes. Mit dem Export von Wissen, moderner Technologie und den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft kann eine global nachhaltige Entwicklung gefördert, Armut bekämpft und Stabilität geschaffen werden. Das Prinzip Hilfe zur Selbsthilfe muss das oberste Gebot sein, um Krisen lösen zu können. Bildungsk Kooperationen sind hier unerlässlich, um eine entsprechende Fachkräftebasis auszubilden. Bildung ermöglicht Teilhabe und damit eine Perspektive für Millionen von jungen Menschen. Bildung für Frauen und Mädchen ist ein Schlüsselfaktor, um religiösem Fundamentalismus entgegenwirken und um starkes Bevölkerungswachstum in vielen Entwicklungsländern zu begegnen.

Wirtschaftliche Entwicklung muss in einem gemeinschaftlichen Ansatz gedacht werden. Der Rahmen für handlungsfähige Strukturen und Stabilität muss im Einklang mit unseren demokratischen Partnern weltweit entwickelt werden. Säulen dafür sind Frieden, Sicherheit und Stabilität, basierend auf der Achtung von Menschen- und Minderheitsrechten. Eine Förderung von Energiepartnerschaften, insbesondere mit nordafrikanischen Ländern dient deutschen Interessen und muss weiter vorangetrieben werden, um einen Beitrag für die Energiesicherheit Deutschlands zu leisten.

Um dem weltweiten Bevölkerungswachstum und dem damit einhergehenden Anstieg der Nachfrage nach Energie, Rohstoffen, und Nahrungsmitteln zu begegnen, ist die Schaffung einer nachhaltigen Lebensgrundlage erforderlich. Hier ist es unerlässlich die Landwirtschaft in den betroffenen Ländern zu fördern und durch innovative Projekte und mit Partnern vor Ort zu unterstützen. Durch die Anpassung der landwirtschaftlichen Ausrichtung an den Klimawandel kann die Lebensmittelversorgung in den betroffenen Ländern massiv verbessert werden. Es gilt Programme und Organisationen in der Ernährungssicherung zu unterstützen. Denn Ernährungssicherheit bedeutet ebenso Sicherung von Frieden, Linderung von Konflikten sowie die Eindämmung von Flüchtlingsströmen.